

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Bundesrates Samt  
und weiterer Bundesräte

betreffend mehr Bundesheer an die Grenze

**eingebraucht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage:** Österreich schafft sich ab

**in der 846. Sitzung des Bundesrates am 29. Oktober 2015.**

Die Zahl der in Österreich gestellten Asylanträge hat im Jahr 2015 dramatisch zugenommen. Aus der Asylstatistik des Bundesministeriums für Inneres (BMI) geht hervor, dass von Jänner bis August 2015 über 46.133 Anträge gestellt wurden. Im Vorjahr waren es im selben Zeitraum 13.712. Das entspricht einer Steigerung von 259,22 Prozent. Im Jahr 2014 suchten insgesamt 28.027 Personen in Österreich um Asyl an. In der Steiermark sind mit Stichtag 21.10.2015 7.791 Asylwerber untergebracht (Quelle: GVS-Reporting). Die Unterbringung von rund 8.000 Personen in unserem Land sorgt in den Kommunen für erhebliche Spannungen.

Die einschneidenden Ereignisse der letzten Tage und Wochen verschärften die prekäre Situation noch weiter. In der Nacht auf den 17.10.2015 schloss Ungarn die Grüne Grenze zu Kroatien und führte als Schengen-Land Grenzkontrollen zu Slowenien ein. Dies führte zu einer Verlagerung der Route des Flüchtlingsstroms nach Deutschland. Die Steiermark rückte in den Mittelpunkt dieser modernen Völkerwanderung. Die Einsatzkräfte des Österreichischen Bundesheeres wurden vorsorglich aufgestockt. 160 zusätzliche Soldaten trafen am 17.10.2015 in der Steiermark ein. Die Gesamtzahl der Heeresangehörigen im sicherheitspolizeilichen Assistenzinsatz beträgt nun rund 460 (Quelle: <http://kurier.at/chronik/oesterreich/spielfeld-mehr-als-1-500-fluechtlinge-durchbrachen-abspernung/159.687.380>).

Der stetige, ungebremste Zustrom an Flüchtlingen aus Kroatien brachte Slowenien immer mehr an die Grenzen seiner Möglichkeiten. Während die Behörden angaben, trotz Schwierigkeiten die Lage unter Kontrolle zu haben, kam es in einigen Flüchtlingszentren zu Tumulten. Alleine am 21.10.2015 kamen laut Polizei mehr als 8.000 neue Asylsuchende in Slowenien an. Am Mittwoch befanden sich noch mehr als 10.000 Flüchtlinge im Land, während erneut Tausende aus Kroatien erwartet wurden (Quelle: <http://kurier.at/chronik/oesterreich/spielfeld-mehr-als-1-500-fluechtlinge-durchbrachen-abspernung/159.687.380>).

Obwohl es zu Beginn des Ansturms an der steirisch-slowenischen Grenze noch relativ friedlich zu sein schien, eskalierte die Situation am 21.10.2015 am Grenzübergang Spielfeld völlig. Um die Mittagszeit mussten die Sicherheitskräfte die Schleusen öffnen, weil der Andrang der Menschen zu groß geworden war. Etwa 4.000 Personen stürmten dann - ohne registriert zu werden - von Slowenien nach Österreich. Es machten sich rund 3.000 illegale Migranten auf der B67 auf den Weg Richtung Norden (Quelle:

[http://www.kleinezeitung.at/s/steiermark/4847960/Fluechtlingskrise\\_Chao-in-Spielfeld\\_Schutzenhofer-fordert-mehr?](http://www.kleinezeitung.at/s/steiermark/4847960/Fluechtlingskrise_Chao-in-Spielfeld_Schutzenhofer-fordert-mehr?)). Die Bevölkerung ist, durch die Ausnahmesituation, die diese Völkerwanderung mit sich bringt, stark verunsichert.

Bedingt durch die großen Flüchtlingsströme der letzten Wochen und Monate, die steigende Schleppertätigkeit, den erheblichen Finanz- bzw. Verwaltungsaufwand,

den die Flüchtlingsbetreuung und die Grundversorgung mit sich bringen, sprachen sich Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl (*Quelle: Die Presse online, 12.09.2014*), der Tiroler Landeshauptmann Günther Platter (*Quelle ORF Tirol, 17.09.2014*), der Landeshauptmann von Oberösterreich Josef Pühringer (*Quelle: SN online, 17.09.2014*), Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer (*Quelle: SN online, 18.09.2014*), der Niederösterreichische Landesvater Josef Pröll (*Quelle: Krone, 16.09.2014*) und der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser (*Quelle: Kurier online, 17.09.2014*) für die Wiedereinführung temporärer Grenzkontrollen aus.

Nach dem die ÖVP, so wie alle anderen im Landtag Steiermark vertretenen Parteien, den freiheitlichen Antrag (EZ 193/3) „Menschenleben retten - Grenzen schützen! Einführung temporärer Grenzkontrollen!“ ablehnte, kam Landeshauptmann Schützenhöfer am 21.10.2015 offenbar zur Einsicht. Er meinte gegenüber dem ORF-Steiermark: *„Es ist eine Hauptaufgabe des Staates, seine Grenzen für die Bürger zu schützen - und das ist nicht mehr der Fall“, richtet Schützenhöfer in Richtung Wien aus: „Wir fordern von Bundeskanzler, Vizekanzler, Innenministerin und Außenminister, dass wir mehr Polizei und Bundesheer an die Grenze bekommen, um die Grenzen zu sichern - nicht dichtmachen, sondern sichern (Quelle: <http://steiermark.orf.at/news/stories/2738164/>).“*

Polizei, Bundesheer und das Rote Kreuz sind schon lange an ihren Belastbarkeitsgrenzen angekommen: So meinte ein Polizeibeamter am 21.10.2015 gegenüber der „Kleinen Zeitung“: *„Wir sind ausgebrannt“(...), „Zuerst in Nickelsdorf, jetzt hier - und der Normalbetrieb soll auch noch aufrechterhalten werden.“* Die an der Grenze und in Asylunterkünften untergebrachten Polizeibeamten fehlen im Land. Es ist Kernaufgabe der Polizei, für die Sicherheit im Inland zu sorgen. Diese Aufgabe leidet dramatisch unter dem vorherrschenden Asylchaos.

Ein in personeller und finanzieller Hinsicht ausreichend ausgestatteter Assistenzeinsatz des Bundesheeres an der Grenze zu Slowenien ist nun ein Gebot der Stunde, da nicht damit zu rechnen ist, dass die Flüchtlingsströme in nächster Zeit abreißen werden. So ging man in Deutschland zu Beginn dieses Jahres von 450.000 Asylwerbern in der Bundesrepublik aus. Die deutsche Bundesregierung musste diese Prognose korrigieren und rechnet für 2015 mit bis zu 800.000 Asylbewerbern. Dies wäre der größte Zustrom von Flüchtlingen seit Bestehen der Bundesrepublik (*Quelle: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bundesregierung-rechnet-mit-bis-zu-800-000-in-2015-a-1048910.html>*).

Es ist wichtig, dass die Soldaten mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet werden, um ihre Aufgabe, nämlich die Sicherung unserer Staatsgrenze, auch effektiv durchführen zu können. Die Kosten dieses Assistenzeinsatzes sind aus dem regulären Budget des Heeres, das viel zu knapp bemessen ist, nicht zu stemmen. Daher ist eine außerbudgetäre Finanzierung dieses Einsatzes unumgänglich.

Aufgrund des G-7-Gipfels in Bayern entschied die Bundesrepublik Deutschland, ihre Grenzen im Zeitraum vom 26. Mai bis 15. Juni 2015 wieder flächendeckend zu kontrollieren. Spätestens seit diesem Gipfel ist klar, dass sich durch den Wegfall der Grenzkontrollen eine dramatische Sicherheitslücke aufgetan hat. Im Rahmen der Kontrollen sind von der deutschen Polizei 360.000 Personen überprüft worden. In 237 Fällen wurden Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz festgestellt, in 151 Fällen Urkundendelikte, 29 Mal Verstöße gegen das Asylverfahrensgesetz. 692 Per-

sonen wurden laut Angabe der Bundespolizei nach der Grenzkontrolle zurückgewiesen, 3.517 wurden vorläufig festgenommen und 77 in Gewahrsam genommen. Die Kontrollen führten also dazu, dass nicht nur die G-7-Zusammenkunft unmittelbar betreffende Tatbestände oder Gefahren festgestellt wurden, sondern auch andere (Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.06.2015; <http://www.faz.net/aktuell/politik/g-7-gipfel/bei-grenzkontrollen-zu-g7-gipfel-illegale-einreisen-registriert-13639649.html>). Durch die temporäre Wiedereinführung der Grenzkontrollen wurden einerseits Flüchtlingsströme gestoppt und andererseits Schlepperrouten lahmgelegt.

Durch die verstärkte Präsenz des Bundesheeres an der Grenze und die konsequente Durchführung von Grenzkontrollen kann Österreich der unkontrollierten Ein- und Durchreise von Wirtschaftsflüchtlingen, dem Schlepperunwesen und dem Kriminalitätstourismus Einhalt gebieten. Chaotische Zustände, wie am 21.10.2015 am Grenzübergang Spielfeld, und die damit einhergehende Verunsicherung der Bevölkerung können dadurch verhindert werden.

Die unterfertigten Bundesräte stellen daher folgenden

### Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, zur Durchführung konsequenter und strenger Grenzkontrollen den Assistenzeinsatz des Bundesheeres an der Grenze zu Slowenien aufzustocken, die notwendige Ausstattung der eingesetzten Soldaten vor allem auch mit weitreichenden Kompetenzen und eine Sonderfinanzierung des Assistenzeinsatzes sicherzustellen.“

The image shows several handwritten signatures in black ink, arranged in two columns. The signatures are stylized and appear to be those of the members of the Austrian Federal Council (Bundesrat) who approved the resolution. The signatures are written on a white background.

